

Keine EAM für Friesenhagen

KIRCHEN VG-Rat versagte Ortsgemeinde Übernahme des finanziellen Risikos für ein Jahr

*Nach einer skurrilen
Abstimmung befand
Friesenhagens
Ortsbürgermeister*

*Norbert Klaes: „Das muss
ich erstmal verdauen.“*

dach ■ Nein, der Verbandsgemeinderat Kirchen ist wahrlich kein kommunales Gremium wie jedes andere. Diesen Beweis erbrachte der Rat einmal mehr gestern Abend: Was anderswo im AK-Land einstimmig durchgewunken wurde, war in Kirchen nicht ohne zwei Sitzungsunterbrechungen sowie einem Patt bei einer ersten Abstimmung zu machen – und endete schließlich mit einem kreisweiten Nottum. Nun, was war geschehen?

Der VG-Rat kam zusammen, um über einen Beitritt zur EAM Sammel- und Vorschalt Süd GmbH zu entscheiden. Nötig wurde dieser Schritt, weil der Ortsgemeinderat Friesenhagen tags zuvor für eine Beteiligung an der Energie aus der Mitte GmbH und Co. KG (EAM) votiert hatte (die SZ berichtete). Hintergrund ist die Offerte des Stromnetzbetreibers, Unternehmensanteile zu erwerben. EAM ist zu 100 Prozent in Händen von zwölf hessischen Landkreisen sowie der Stadt Göttingen.

Im Kreis Altenkirchen wurde das Angebot mal wohlwollend, mal argwöhnisch aufgenommen. Die meisten Gemeinden erteilten EAM eine Absage, etwa das komplette Daadener Land – und auch die übrigen Kommunen der VG Kirchen. Friesenhagen aber entschied sich dafür, genauso wie 23 andere Ortsgemeinden im AK-Kreis. Diese werden nun einen Zweckverband aus der Taufe heben, was etwa ein Jahr dauern wird. Für diese Übergangszeit müssen die jeweiligen Verbandsgemein-

den gewissermaßen als Platzhalter in Haftung treten. Für die VG Kirchen hätte dies bedeutet, dass sie vorübergehend eine Bürgschaft über 760 000 Euro in ihre Bücher hätte aufnehmen müssen – stellvertretend für die Gemeinde Friesenhagen.

Doch daraus wird nun nichts. Mit 15 zu 14 Stimmen lehnte der VG-Rat dieses Procedere gestern ab. CDU, FDP und zwei von drei grünen Mandatsträgern konnten sich nicht für den Vorschlag erwärmen. Die SPD, Anna Neuhof (Grüne) und Bürgermeister Jens Stötzel hätten der Ortsgemeinde Friesenhagen diese Möglichkeit hingegen gerne eingeräumt. Was sich im Ratssaal allerdings im Vorfeld des Votums zugetragen hatte, war filmreif.

Die Verwaltung hatte zwei Alternativen erarbeitet: Zum einen den Beschluss, dass die Verbandsgemeinde die Funktion des Platzhalters einnimmt (wie in allen anderen betroffenen Verbandsgemeinden im AK-Land geschehen), zum anderen die Ablehnung dessen. Bürgermeister Stötzel betonte eingehend, dass es keineswegs um eine Bewertung der Sinnhaftigkeit einer EAM-Beteiligung gehe, sondern vielmehr darum, „der Ortsgemeinde Friesenhagen eine zeitliche Brücke durch die Verbandsgemeinde zu bauen“.

Die Skurrilität nahm mit der Wortmeldung von CDU-Fraktionssprecher Michael Dützer seinen Lauf. Er beantragte, der Rat möge ohne weitere Diskussion über die Ablehnungsvariante abstimmen. Dies nahm Norbert Klaes (SPD) „irritiert“ zur Kenntnis. Es folgte die erste Sitzungsunterbrechung, in der der Bürgermeister sich mit den Fraktionsspitzen zurückzog.

Danach wurde doch diskutiert, und Dützer ließ für die CDU-Fraktion verlauten, die Risiken für die Verbandsgemeinde seien nicht unerheblich, es gebe Bedenken. Christof Lautwein (FDP) nannte das EAM-Angebot ebenfalls „risikobehaftet“.

Darüber hinaus befand er: „Ich sehe auch die Verantwortung der Verbandsgemeinde gegenüber den Ortsgemeinden, sie vor möglichen Schäden zu bewahren.“

Sozialdemokrat Klaes – seines Zeichens auch Friesenhagens Ortsbürgermeister – sprach hingegen von einer „lediglich temporären Bürgschaftsübernahme“ und appellierter an die „Solidargemeinschaft Verbandsgemeinde“. Diesen Begriff nahm auch Bürgermeister Stötzel auf und verwies darauf, dass alle anderen Verbandsgemeinden im AK-Land diese Solidargemeinschaft hinbekommen hätten.

Nun blieb aber der Antrag der CDU auf Abstimmung über die Ablehnung des Unterfangens bestehen. Und dieses Votum endete mit einem Patt – also mit der Ablehnung der Ablehnung. Stötzels Kommentar: „Liebe Leute...“ Es folgte Sitzungsunterbrechung Nummer zwei. Darin wurde eruiert, ob Friesenhagen im Binnenverhältnis mit der VG im Haftungsfall die finanziellen Konsequenzen übernehmen würde. Ortsbürgermeister Klaes konnte und wollte dies aber offenbar ohne entsprechenden Ratsbeschluss im Rücken nicht versprechen. Also ging es weiter im Text, also mit der Abstimmung über eine Beteiligung der Verbandsgemeinde an der EAM-Vorschaltgesellschaft.

Diese wurde, wie bereits erwähnt, ebenfalls abgelehnt – und damit dem Ansinnen der Ortsgemeinde Friesenhagen an einer Beteiligung an der Netzgesellschaft ein Strich durch die Rechnung gemacht. Dafür hätte zwar ebenfalls ein Patt genügt, aber inzwischen hatte die CDU-Fraktion ein weiteres Mitglied aus ihren Reihen in die Sitzung herbeitelefoniert, sodass es zu einer regulären Mehrheit kam. Norbert Klaes zeigte sich in seinem Schlusswort „bestürzt über die Beschlusslage“. Und der Friesenhagener Ortsbürgermeister befand: „Das muss ich erstmal verdauen.“